

Vorgabdruck aus dem:



Info-Blatt des Friedens- und Umweltkreises  
Zionskirchgemeinde

Umwelt-Bibliothek Griebenowstr. 16, Berlin 1058, DDR

16. Oktober

### VIER SCHÜLER VON PANKOWER SCHULE GESCHMISSEN!

An einer Berlin-Pankower Schule wurden in diesen Tagen 4 Schüler relegiert: Philipp, Kai, Katja und Benjamin.

Die Schule, die den Namen "Carl von Ossietzky" trägt, war in den vergangenen Jahren erträglich. Der Direktor erlaubte den Schülern sogar, an einer Wandzeitung, einer Art "Speakers Corner" eigene Artikel aufzuhängen und Meinungen zu äußern.

Den ersten Ärger gab mit dem weniger weitherzigen gesellschaftlichen Umfeld bekamen 4 Schüler der Schule, als sie sich am Tag der Opfer des Faschismus mit eigenen Plakaten an der offiziellen Demonstration beteiligten. Forderungen wie "Gegen faschistische Tendenzen" und "Neonazis raus" waren den Ordnungskräften etwas zu realitätsbezogen. Die Schüler wurden aus der Demonstration herausgeholt und notiert. Ärger gab es dann auch wegen zwei Artikeln über die Streiks in Polen und die Berichterstattung von DDR-Medien, die am 12. September an der "Speakers Corner" von Schülern angebracht wurden. Diskussionen unter den Schülern löste ein anderer Artikel aus, in dem gefragt wurde, ob am Nationalfeiertag Militärparaden durchgeführt werden müssen. Dieser Artikel wurde dann als Eingabe formuliert und 37 Schüler unterschrieben.

Jetzt setzte der staatliche Druck ein. Gespräche mit den Eltern wurden geführt. 20 Schüler widerriefen ihre Unterschrift. Fünf von den Übriggebliebenen wurden am 22. September aus dem Unterricht geholt und von 5 Lehrern und 3 nicht vorgestellten Personen regelrecht verhört. Es gab massive Anschuldigungen und Drohungen. Die fünf Schüler blieben aufrecht. Am 26. schon wurde einer, Benjamin, für zwei Tage von der Schule beurlaubt. Sechs Schüler, Katja, Philipp, Alexander, Shenja-Paul, Georgia und Kai solidarisierten sich am 27. September in einem Brief an den Direktor mit Benjamin.

Die Schulleitung holte zu einem neuen Schlag aus. In allen Klassen wurden außerordentliche FDJ-Verdammungen gegen 4 der Schüler, Benjamin, Katja, Philipp und Kai durchgeführt. Zugegen waren jeweils etwa 50% erwachsene "Gäste", unter anderem von der Kreisleitung der FDJ, von der Parteileitung des Patenbetriebes Bergmann-Borsig, ganz abgesehen vom Direktor und Parteisekretär der Schule. Die Vorwürfe waren grotesk. Man könne die Erwachsenen "eher mit Skins und Grabschändern reden als mit solchen Personen". Die vergangenen Ereignisse seien der "Versuch, eine anti-sozialistische Plattform im Blauhemd" zu schaffen. Trotzdem konnte nur gegen 3 der 4 der Ausschluß aus der FDJ durchgesetzt werden. In Benjamins Klasse gab es nicht die notwendige 2/3 Mehrheit.

Am 30. September wurden dann alle Schüler der Carl-von Ossietzky-Schule in der Aula versammelt. Der Direktor kündigte gegen 4 Schüler, Philipp, Kai, Katja und Benjamin ein Relegierungsverfahren an. Sie wurden ab sofort beurlaubt. Gegen Alexander und Shenja-Paul wurden strenge Verweise ausgesprochen. Shenja-Paul sollte die Schule wechseln. Später wurde auch gegen Georgie Schulwechsel verfügt. Sie fährt jetzt täglich von Berlin-Buch nach Berlin-Köpenick.

Die Eltern versuchten zunächst über Eingaben und Beziehungen gegen

die unverhältnismäßigen Maßnahmen zu protestieren. Aber Briefe und Eingaben an das ZK, Egon Krenz, den Rechtsausschuß der Volkskammer, an Hermlin, die Weltbühne und andere Autoritäten erwiesen sich als vergeblich. Hermlin beispielsweise versprach, "demnächst" an Staatschef Honecker zu schreiben. Das Volksbildungsministerium, das seit Jahrzehnten schon viele junge Menschen auf dem Gewissen hat, ist in der DDR ein Staat im Staate.

Am 11. Oktober nutzte der Bezirksschulrat einen Gesprächstermin mit den Eltern Katjas, um Katjas Relegierung bekanntzugeben. Am 14. Oktober wurde die Relegierung von Kai, Philipp und Benjamin bekannt.

Wahrscheinlich hat keiner von den Verantwortlichen sich daran erinnert, daß Carl von Ossietzky 1932 von der Justiz der Weimarer Republik wegen Artikeln in der "Weltbühne" verurteilt wurde und daß durch 1933 im Gefängnis den Nazis in die Hände fiel, die ihn ermordeten. In der Carl von Ossietzky-Schule wurde das Andenken Ossietzkys geschändet.

Nachdem alle Versuche gescheitert sind, die Behörden zum Einlenken zu bewegen, kann nur noch öffentliche Solidarität den relegierten Schülern helfen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Repräsentanten gegen junge Menschen zurückgenommen werden, die nichts weiter versucht haben, als zu denken und aufrecht zu gehen. Die Schulen der DDR dürfen nicht länger Untertanenfabriken sein, Stätten, in denen den Kindern für das ganze Leben das Genick gebrochen wird. Lehrer müssen verantwortliche Jugendführer sein, keine willfährigen Werkzeuge der Regierung!

DIE Lehrer, die Rekrutenschinder  
Sie brechen schon das Kreuz der Kinder  
Sie pressen unter allen Fahnen  
Die idealen Untertanen:  
Gehorsam - fleißig - geistig matt  
- die hab ich satt

## Einladung zu einem Informationsabend: WAS GESCHIEHT AN UNSEREN SCHULEN?

Zu den Ereignissen an der Carl-von-Ossietsky- und der Heinrich-Schliemann-Schule

\*\*\* An die Gemeinden \*\*\*

=====

Wer es zum Ersten Mal hört, ist fassungslos. Wer nachfragt, wird abgewiesen. Wer protestiert, findet sich als "Staatsfeind" wieder. Was ist geschehen?

Schüler einer Schule äußern sich an einer Schulwandzeitung zu einem tagespolitischen Thema: Gefragt wird, wie es in der VR Polen weitergehen kann. Andere Schüler diskutieren an Hand eines in der Zeitschrift "Die Volksarmee" veröffentlichten Gedichts und anlässlich der Frage nach dem Sinn von Militärparaden ihre friedenspolitischen Auffassungen. Wieder andere Schüler dieser Schule bekennen sich öffentlich zu ihrem Standpunkt, auch in der DDR allen neofaschistischen Tendenzen entschieden entgegenzutreten.

Man mag, wenn man dies hört, schon ahnen, daß es einigen schulischen Verantwortungsträgern nicht passen kann, wenn hier Jugendliche ihre eigenen Gedanken äußern. Wie also nehmen Pädagogen ihren Erziehungsauftrag wahr? Die schlimmsten Ahnungen bestätigen sich: Ein "Tribunal" von Lehrern und Leitungsfunktionären bescheinigt den Jugendlichen, ihre Meinungen zum Thema Polen seien "staatsfeindlich", ihre Auffassungen zu Friedenspolitik und Friedenserziehung stellten eine "pazifistische Plattform" an der EOS "Carl von Ossietzky" (!) dar und ihre antifaschistische Gesinnung sei, weil mit eigenen Plakaten auf der offiziellen Demonstration am 11. September manifestiert, als "Provokation" zu werten. Versuche der Schüler, sich gegen solche Verfälschungen ihres Anliegens und darauf aufbauende Diffamierungen zu wehren, werden unterbunden. Wo es aussichtsreich erscheint, setzt man FDJ-Ausschlußverfahren in Szene. In Schnellverfahren werden gegen alle, die sich nicht einschüchtern lassen, Relegierungen durchgeführt, Umschulungen eingeleitet und Verweise ausgeteilt. Eltern, die sich gemeinsam mit ihren Kindern gegen dieses Unrecht wehren, werden als Verleumder denunziert bzw. zu Initiatoren staatsfeindlicher Umtriebe gestempelt. Die Mitschüler der abgestraften Jugendlichen empfangen die Weisung, jeden Kontakt mit den nunmehr Aussätzigen zu meiden.

Doch auch diese Ungeheuerlichkeit ließ sich zuletzt noch übertreffen: Eine außenstehende Schülerin der Schliemann-EOS, die sich mit einigen Mitschülern bei einem der relegierten Jugendlichen informiert, was in der Ossietzky-Schule vor sich ging, fand sich am nächsten Tag ebenfalls vor einem "Tribunal" bekannter Machart wieder, und die Umstände lassen eine Ausdehnung der drakonischen Abstrafungen nunmehr auch auf vermutete Sympathisanten befürchten. Zu allem Überfluß wies man diese Schülerin an, künftig über die Geschehnisse an der Ossietzky-Schule zu schweigen! Es erscheint nunmehr schon fast verständlich, wenn die Verantwortlichen für diese inquisitorischen Praktiken das Bekanntwerden solch unglaublicher "Erziehungsmaßnahmen" scheuen.

Wir fühlen uns durch diese Ereignisse unmittelbar betroffen. Wir protestieren gegen diesen Exzess der Willkür gegenüber Jugendlichen, die ein Recht auf die Diskussion ihrer Auffassungen zu allen sie bewegenden Fragen haben. Es darf weder heute noch in Zukunft geschehen, daß Jugendliche, die ihren eigenen Weg suchen, zu "Verschwörern" erklärt werden! Wir protestieren insbesondere gegen die zu befürchtende neuerliche Disziplinierung einer weiteren Schülerin. Wir fordern die Aufhebung der diskriminierenden Maßnahmen gegen alle betroffenen Schüler und die Einstellung aller weiteren Versuche, Offenheit und eigenes Engagement an unseren Schulen mit Einschüchterungsversuchen und Disziplinierungen zu beantworten und das Vertrauen von Jugendlichen zu mißbrauchen.

Zum Freitag, dem 28. Oktober ab 18.00 Uhr laden Mitarbeiter/innen kirchlicher Basisgruppen in den Gemeindesaal der Zionskirchgemeinde ein, um über die näheren Umstände der hier kurz geschilderten Ereignisse zu informieren. Willkommen sind alle Interessierten, insbesondere natürlich Schüler und Eltern.

*Nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch!*

XKundgebung	X Artikel zu	XUnter-	XGedicht	XBrief an
X am	X den	Xschrift	X	X den
X 11.09.	X Ereignissen	Xunter den	X	XDirektor
X	X in der	XText zur	X	X
X	X VE POLMI	XMilitär-	X	X
X	X	Xparade	X	X
-----				
XBenjamin	X Benjamin	XBenjamin	XBenjamin	X
-----				
XShenja-	X Shenja-	XShenja	XShenja-	XShenja-
XPaul	X Paul	XPaul	XPaul	XPaul
-----				
XPhilipp	X	XPailipp	XPhilipp	XPhilipp
-----				
XAlexander	X	XAlexander	XAlexander	XAlexander
-----				
X	X	XKai	X	XKai
-----				
X	X	XKatja	X	XKatja
-----				
X	X	XWolfram	X Wolfram	X
-----				
X	X	X	X	XGeorgia

Den Text zur Militärparade unterschreiben 30 weitere Schüler

Maßnahmen:

Kai: Relegierung  
 Katja: Relegierung  
 Philipp: Relegierung  
 Benjamin: Relegierung  
 Shenja-Paul: Verweis und Umschulung  
 ausgesprochen  
 Georgia: Umschulung ausgesprochen  
 Alexander: Verweis  
 Wolfram: Verweis

Auf den am 29.09.1988 nacheinander stattfindenden Mitgliederversammlungen werden 4 Ausschlußverfahren aus der FDJ durchgeführt. 3 Schüler werden ausgeschlossen. Am 30.9.1988 findet in der Aula der Schule eine außerordentliche Schulversammlung statt. 4 Schülern wird nacheinander mitgeteilt, daß gegen sie ein Relegierungsverfahren eingeleitet wurde. Die Schüler werden beurlaubt und müssen den Raum verlassen. Ein weiterer Schüler erhält einen Verweis, einem wird die Erteilung eines Verweises und die Umschulung mitgeteilt. Auch diese Schüler verlassen die Schule. Später erhält ein weiterer Schüler, der am 30. krank war, ebenfalls einen Verweis. Am 3.10.1988 wird einer weiteren Schülerin die Umschulung mitgeteilt. Am 11.10.1988 wird eine Relegierung verkündet. Am 13.10.1988 wird die Relegierung der 3 weiteren Schüler verkündet, alle wirksam seit dem 10.10.1988. Die in der Schulordnung (Gesetz) vorgesehenen Anhörungen der Eltern werden während des Verfahrens bzw. vor den Umschulungen nicht durchgeführt. Einige Eltern, die sich gemeinsam mit Eingaben an die Verantwortlichen wenden, erhalten keine Antworten. Bürgern, die nicht unmittelbar zu den Betroffenen gehören, sich aber betroffen fühlen, und sich mit Eingaben an verschiedene staatliche Organe wenden, wird mitgeteilt, daß einige Eltern eine "Plattform gebildet" und die "staatliche Stellen verleundet" hätten. Mitschülern und Eltern von Mitschülern wird empfohlen, Kontakte mit betroffenen Schülern zu unterlassen. Den relegierten Schülern werden Lehrstellen angeboten, aber keiner der Schüler nimmt an, da sie sich ungerecht bestraft fühlen und nicht einsehen, daß sie sich "bewähren" müssen.

## Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR

Am 10. Dezember 1988 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages dieses Ereignisses wird die "Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" mit der Sammlung und Veröffentlichung konkreter Verletzungen der Menschenrechte in der DDR beginnen. Wir stützen uns hierbei auf die von der DDR anerkannte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und auf die von der DDR ratifizierten UNO-Konventionen über zivile und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966.

Der Stand bei der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist die Information der Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen unerlässlich, auch um Ansatzpunkte für eine breite Diskussion über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und zu notwendigen Veränderungen zu markieren.

Wir rufen dazu auf, unser Anliegen in vielfältiger Weise zu unterstützen.

10. Dezember 1988

### Kontaktadressen

Berlin: Auf Grund der angespannten Situation kann keine Kontaktadresse angegeben werden. Informationen können aber in der Umwelt-Bibliothek (1058 Berlin, Griebenowstr. 16) abgegeben werden.

Güstrow: Heiko Lietz 2600 Güstrow Trotsche Str. 11 Tel. 262271

Halle: Katrin Eigenfeld 4020 Halle Marthastr. 12

Jena: Peter Oberthür 6821 Dorndorf Bürgelsche Str. 10 Tel. Dorndorf  
469

Leipzig: Wolfgang Sarstedt 7050 Leipzig Elsastr. 12

Doreen Penno 7030 Leipzig Lößniger Str. 14

Naumburg: Michael Kleim 4800 Naumburg Wilhelm-Pieck-Platz 11

Die folgenden Arbeitsschwerpunkte sind lückenhaft, da zur Zeit bestimmte Problemfelder wegen ihres Umfangs wahrscheinlich von uns noch nicht erschöpfend bearbeitet werden können. Dies bedeutet jedoch keine Einschränkung unserer Forderung nach der vollkommenen Garantie und Durchsetzung aller Menschenrechte. Ebenfalls fordern wir hiermit von der Regierung der DDR die Unterzeichnung und Ratifizierung des Fakultativprotokolls zu der Konvention über zivile und politische Rechte, in dem das Appellationsrecht eines einzelnen Bürgers bei internationalen Instanzen im Falle von Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben ist.

Wir weisen darauf hin, daß wir keine Appellationsinstanz ersetzen können und wollen.

Wir hoffen, daß sich die Arbeitsschwerpunkte bald erweitern lassen, um die Menschenrechtssituation in der DDR möglichst umfassend zu dokumentieren.

FRIEDEN KONKRET

Regionaltreffen der Basisgruppen  
von Berlin-Brandenburg

Berlin, d. 13.11.88

E r k l ä r u n g

Wir, die Vertreter von Friedens- Menschenrechts- Ökologie- und 73 Weltgruppen der Region Berlin-Brandenburg haben mit Betroffenheit und Besorgnis von einem erneuten Eingriff von Staatsorganen in die kirchliche Arbeit vernommen.

Es handelt sich dabei um die Publikationen "Umweltbriefe 7/88" und das "Blattwerk" des ÖAK - Halle/S., die am Freitag, dem 11.11.1988, auf offener Straße beschlagnahmt wurden.

Wir sehen darin eine Belastung des Verhältnisses von Staat und Kirche und des angestrebten Dialogs.

Deshalb fordern wir Teilnehmer des Regionaltreffens Bln./Brdbg. eine sofortige Freigabe der Materialien an den ÖAK - Halle und die prinzipielle Einstellung solcher und ähnlicher Verfahrensweisen.

Teilnehmer des Regionaltreffens  
Berlin-Brandenburg

i.A. *Ulrich Poppe*

FRIEDEN KONKRET

Regionaltreffen der Basisgruppen  
von Berlin-Brandenburg

Berlin, d. 13.11.88

### E r k l ä r u n g

Wir, die Vertreter von Friedens- Menschenrechts- Ökologie- und <sup>2</sup>73 Weltgruppen der Region Berlin-Brandenburg haben mit Betroffenheit und Besorgnis von einem erneuten Eingriff von Staatsorganen in die kirchliche Arbeit vernommen.

Es handelt sich dabei um die Publikationen "Umweltbriefe 7/88" und das "Blattwerk" des ÖAK - Halle/S., die am Freitag, dem 11.11.1988 auf offener Straße beschlagnahmt wurden.

Wir sehen darin eine Belastung des Verhältnisses von Staat und Kirche und des angestrebten Dialogs.

Deshalb fordern wir Teilnehmer des Regionaltreffens Bln./Brdbg. eine sofortige Freigabe der Materialien an den ÖAK - Halle und die prinzipielle Einstellung solcher und ähnlicher Verfahrensweisen.

Teilnehmer des Regionaltreffens  
Berlin-Brandenburg

i.A. *Ulrich Pappas*

Jesus sagte: "WAS IHR GETAN HABT EINEM MEINER GERINGSTEN BRÜDER,  
DAS HABT IHR MIR GETAN." (Matth. 25,40)

DDR-weite Vollversammlung der Kirche von Unten

### PROTESTERKLÄRUNG

Auf unserer Vollversammlung am 29. 10. 88 haben wir von Vorgängen gehört, die uns zutiefst berührt und erschüttert haben.

Es handelt sich dabei um das Vorgehen staatlicher Organe in Weimar, Dresden, Berlin, Leipzig und anderen Orten.

1. Seit geraumer Zeit werden in Dresden die Ordnungsstrafbestimmungen gegenüber einigen jungen Leuten verschärft gehandhabt. Ihnen werden Aufenthaltsverbote (Innenstadt, Bahnhöfe, öffentliche Einrichtungen) erteilt. Es kam in diesem Zusammenhang teilweise wiederholt zur Verhängung hoher Ordnungsstrafen; Begründung: "wegen unästhetischem Aussehen".
2. In Weimar kam es in letzter Zeit wiederholt zu Übergriffen von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber bestimmten Bürgern. Sie wurden bedroht und physisch und psychisch unter Druck gesetzt mit dem Ziel, ihr politisches Engagement aufzugeben. Es kam dabei u.a. zu Exzessen, die begleitet waren von Äußerungen wie "... sonst spielen wir Chile!".
3. In Berlin wurden 4 EOS-Schülern Relegierungen und 4 Anderen Schulstrafen ausgesprochen, weil sie an einer eigens dafür eingerichteten "Speakers Corner" ihre Meinung zu bestimmten Politischen Ereignissen äußerten. Im Vorfeld einer Solidaritätsveranstaltung fanden 5 Zuführungen statt.
4. In Leipzig kam es in der letzten Woche zu mindestens 4 Zuführungen im Zusammenhang mit dem montäglichen Friedensgebet.

WIR PROTESTIEREN aufs schärfste gegen derartige Maßnahmen, denn sie verletzen das Recht der DDR und die Menschenwürde.

WIR FORDERN die zuständigen staatlichen Stellen auf, diese Praktiken sofort einzustellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

WEH DENEN, DIE BÖSES GUT UND GUTES BÖSE NENNEN, DIE AUS FINSTERNIS LICHT UND AUS LICHT FINSTERNIS MACHEN, DIE AUS SAUER SÜSS UND AUS SÜSS SAUER MACHEN!

WEH DENEN, DIE WEISE SIND IN IHREN EIGENEN AUGEN UND HALTEN SICH SELBST FÜR KLUG! (Jes. 5, 20-21)

Berlin, den 29.10.1988